



Barthle-Brief

Nr. 45

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

19.2.2016

Thema der Woche:

EU-Außengrenzen besser schützen!

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 18./19.2. 2016 in Brüssel

Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht in der Bekämpfung der Fluchtursachen und dem Schutz der EU-Außengrenzen die wichtigsten Instrumente zur Reduzierung der Flüchtlingszahlen. Sie warb an diesem Mittwoch in ihrer Regierungserklärung zum Europäischen Rat in Brüssel vor allem für die Zusammenarbeit mit der Türkei in beiden Punkten. Die Kanzlerin sprach sich auch für einen Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union aus. Die Forderung des britischen Premiers nach einer EU-Reform als Voraussetzung für eine weitere Mitgliedschaft seines Landes ist zweites großes Thema in Brüssel.

Die Fluchtbewegung stelle Europa vor eine „historische Bewährungsprobe“, sagte die Kanzlerin vor dem Deutschen Bundestag. Der CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder sprach von einem „Schicksalsjahr für Europa“. Die Geschichte habe uns gelehrt, dass große Herausforderungen nicht von den Nationalstaaten gestemmt werden könnten, sondern nur von einem geeinten Europa. Merkel unterstrich: „Die, die Schutz brauchen und suchen, sollen Schutz bekommen.“ Die Kanzlerin machte mit Blick auf die Fluchtursachen klar, dass „dauerhaft nur dann weniger Menschen kommen, wenn wir dort ansetzen, woher sie kommen“. So dürfe man „nichts unversucht lassen“, den Krieg in Syrien zu beenden. Darüber hinaus müsse man die Lebensbedingungen der Menschen, die in der Region Zuflucht gefunden haben – etwa in Lagern in Jordanien, im Libanon und in der Türkei – unbedingt verbessern. In diesem Zusammenhang verwies sie auf die Geberkonferenz in London Anfang des Monats, die an einem Tag so viel Geld gesammelt hat wie noch nie eine UN-Geberkonferenz zuvor.

Als zweiten wichtigen Ansatzpunkt nannte die Kanzlerin den Schutz der EU-Außengrenzen. Wie sie betonte auch Kauder, dafür brauche man die Türkei. Nur wenn der Schutz der Außengrenze gewährleistet sei, könne Europa die Freizügigkeit im Binnenraum erhalten, sagte er. Um die Überwachung der Seegrenze mit Griechenland zu verbessern, hatte die Türkei in der vergangenen Woche einem NATO-Einsatz in der Ägäis zugestimmt. Sie ist laut Merkel außerdem bereit, Flüchtlinge aufzunehmen, die von Schiffen der NATO oder der europäischen Grenzschutzagentur Frontex zurückgebracht werden. Darüber hinaus habe die Türkei, die mit 2,5 Millionen Syrern die größte Zahl an Flüchtlingen beherbergt, bereits einiges getan, um diese von einer Weiterreise nach Europa abzuhalten, zum Beispiel indem sie ihnen die Arbeitsaufnahme erleichtere, berichtete die Kanzlerin. Nicht zuletzt habe Ankara eine Visumpflicht für Syrer, die aus sicheren Drittstaaten wie Jordanien oder dem Libanon kommen, sowie für Iraker, Iraner und Afghanen eingeführt.

Mit Blick auf das voraussichtlich im Sommer anstehende Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU sagte Merkel: „Es ist in unserem nationalen Interesse, dass Großbritannien ein aktives Mitglied in einer starken und erfolgreichen Europäischen Union bleibt.“ Die Reformvorschläge, die EU-Ratspräsident Donald Tusk mit dem britischen Premierminister David Cameron ausgehandelt hat, damit dieser bei den Bürgern für eine Zustimmung zum Verbleib werben kann, nannte Merkel eine gute Verhandlungsgrundlage. In vielen Punkten seien die Anliegen Camerons „berechtigt und nachvollziehbar“, so zum Beispiel in der Frage der Beseitigung von Fehlan-

reizen für die Zuwanderung in die Sozialsysteme. „Jeder Mitgliedstaat muss in der Lage sein, sein System gegen Missbrauch zu schützen“, sagte Merkel unter dem Applaus der Abgeordneten. Sie zeigte auch Verständnis dafür, dass Großbritannien, das nicht Mitglied der Euro-Zone ist, von dieser in wichtigen Währungs- und Finanzfragen nicht übergangen werden wolle. Andererseits dürften auch keine zusätzlichen Hindernisse für eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion geschaffen werden, warnte Merkel. Grundsätzlich gelte: „Wenn einige in der EU voranschreiten wollen, muss das auch in Zukunft weiter möglich sein.“ Eine Verpflichtung, sich an solchen Integrationsritten zu beteiligen, gebe es aber nicht.

ten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️

Große Unterschiede bei der Abschiebepaxis

In den vergangenen Wochen und Monaten wurde das Asylrecht auf Betreiben der Unionsfraktion konsequent verschärft. Das Asylpaket II schafft weitere Voraussetzungen, die Zahl der Flüchtlinge zu begrenzen. Ausländer ohne Bleiberecht müssten nun aber auch konsequenter abgeschoben werden, forderten in dieser Woche Volker Kauder und Thomas Strobl. Demnach müssten insbesondere die von SPD und Grünen geführten Bundesländer ihre Anstrengungen erheblich verstärken.

Bundesweit gelten dieselben Gesetze, wenn Ausländer ohne Bleiberecht abgeschoben werden sollen. Bei der Abschiebepaxis gibt es allerdings große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern. „Insbesondere die von SPD und Grünen geführten Bundesländer müssen ihre Anstrengungen nach den jüngsten Statistiken erheblich verstärken, Ausländer ohne Bleiberecht mit aller Konsequenz abzuschieben“, verlangt Kauder und mahnt an, die Unterschiede bei der Abschiebepaxis zu beseitigen. Zu einer spürbaren Verringerung der Flüchtlingszahl gehört für Volker Kauder auch zwingend, dass diejenigen, denen ein Recht auf einen Aufenthalt rechtskräftig versagt wurde, das Land auch verlassen müssten. „Dies erwarten die Bürger zuallererst“, sagte Kauder. Gerade im Asyl- und Ausländerrecht müssten Gesetze auch umgesetzt werden.

Während die unionsgeführten Länder in den letzten Monaten jede Anstrengung unternommen und die Zahl der Rückführungen in Relation zur Zahl der ausreisepflichtigen Migranten deutlich gesteigert haben, bleiben die von Sozialdemokraten und Grünen regierten Länder deutlich zurück. Hier wäre sehr viel mehr möglich.

Insbesondere liefern auch die von Rot-Grün beständig vorgetragene Forderungen nach schnelleren Entscheidungen beim BAMF ins Leere, wenn die Bundesländer ablehnende Bescheide nicht auch durch Abschiebungen konsequent vollziehen und den Aufenthalt beenden würden. Eine aktuelle Statistik der Rheinischen Post belegt, dass die Abschiebezahlen der Bundesländer sehr unterschiedlich ausfallen. So schieben einige Länder deutlich mehr Ausländer ohne Bleiberecht ab als andere. Laut Erhebung kommen in Bayern auf jede Abschiebung lediglich vier weitere Ausreisepflichtige, was als hohe Abschiebequote gewertet wird. Eine ähnlich hohe Quote weist Hessen mit einem Verhältnis von 1:5 auf. Schlusslicht ist Bremen mit einem Verhältnis von 1:62. Damit bringt die Hansestadt vergleichsweise wenige ausreisepflichtige Ausländer außer Landes. Für Kauder kann die nachhaltige Begrenzung der Zahl der Flüchtlinge nur durch einen Dreiklang aus nationalen, europäischen und internationalen Maßnahmen erreicht werden. Er fordert: „In Deutschland müssen Bund und Länder bei den nationalen Ansätzen noch enger zusammenarbeiten.“

Gefahren für die Haushalte gegensteuern

Deutschland muss sparsamer wirtschaften, sonst drohen die öffentlichen Finanzen in Schieflage zu geraten. Das ist die zentrale Aussage des „Vierten Berichts zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen“, den Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in der Regierungsbefragung des Bundestages an diesem Mittwoch vorgestellt hat. Den Berechnungen von Experten zufolge ist je nach Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung bezogen auf das Jahr 2060 mit einer „Tragfähigkeitslücke“ in den öffentlichen Finanzen zu rechnen.

Die Lücke veranschlagt der Tragfähigkeitsbericht unter eher günstigen Bedingungen auf 1,2 Prozent, im ungünstigsten Fall auf 3,8 Prozent. „Das ist kein Anlass zur Panik, aber eine Mahnung zu handeln“, sagte Schäuble im Plenum. Es gebe „Stellschrauben“, mit denen gegengesteuert werden könne. Doch klar sei, dass ohne die Fortsetzung einer soliden Haushaltspolitik die Gefahr wachse, dass der Staat angesichts der absehbaren Bevölkerungs- und Alterungsentwicklung bis zum Jahr 2060 nicht mehr all seine finanziellen Verpflichtungen erfüllen könne. Im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsberatungen mahnte der Finanzminister Parlamentarier wie Ressortkollegen zur Sparsamkeit.

Zitate

«Begreifen Sie sich als Leuchtturm:
Blinken Sie für den Wechsel am 13. März!»

(Appell des CDU-Spitzenkandidaten Guido Wolf am Mittwoch in Walldorf bei einer Wahlveranstaltung seiner Partei.)

«Blinken Sie meinetwegen rot, aber wählen sie schwarz.»

(Reaktion von Bundeskanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel.)